
Pressemeldung Nr. 05 / 2010

15. Juli 2010

Ansprechpartner: Christian B. Schad, Landesgeschäftsführer
Tel: 0711 / 48 12 78

Waldorfschulen begrüßen Urteil

Die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Waldorfschulen in Baden-Württemberg begrüßt das Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Mannheim. Die Nürtinger Rudolf-Steiner-Schule hat gegen das Land wegen zu geringer Zuschüsse geklagt. Die Schule klagt stellvertretend für alle Waldorfschulen in Baden-Württemberg.

Das Dauerthema der Unterfinanzierung der Schulen in freier Trägerschaft durch das Land Baden-Württemberg hat eine weitere Etappe genommen. Seit Jahren kämpfen die Waldorfschulen um eine angemessene Bezuschussung. Vor dem Verwaltungsgerichtshof Mannheim fand nun die Revisionsverhandlung der Nürtinger Waldorfschule gegen das Land Baden-Württemberg statt. Die Schule hat stellvertretend für alle Waldorfschulen im Lande gegen die dauerhafte Unterfinanzierung geklagt. In der Musterklage sollte eine grundsätzliche Klärung der Frage der Privatschulfinanzierung erfolgen. Die Freien Schulen sehen sich zunehmend mit dem Vorwurf konfrontiert, sie seien nur Schulen für die Kinder reicher Eltern. Damit arbeiten sie im Graubereich der Sonderung, die vom Grundgesetz her aber verboten ist.

Das Gericht vertritt in seinem Urteilspruch die Auffassung, dass das Land die Bezuschussung der Schulen in freier Trägerschaft nicht so belassen könne wie bisher. Die Zuschüsse seien zu gering und in der Folge die Elternbeiträge zu hoch. Der Landesverband der Waldorfschulen wartet zunächst die schriftliche Urteilsbegründung ab. Das Gericht hat wegen der grundsätzlichen Bedeutung Revision zugelassen.

Über die finanziellen Konsequenzen aus diesem Urteil können erst Aussagen erfolgen, wenn das Urteil schriftlich vorliegt. Sollte das Urteil rechtskräftig werden, kommen auf das Land entsprechende finanzielle Verpflichtungen zu.

Die Waldorfschulen im Land fordern, unabhängig von diesem Urteil, dass die Landesregierung zeitnah ihr Versprechen einlöst, die Landeszuschüsse an einen freien Schulträger bis 2011 auf mindestens 80% der Kosten eines staatlichen Schülers anzuheben. Wie berechtigt diese Forderung ist, hat die Demonstration der Arbeitsgemeinschaft der Freien Schulen (AGFS) mit über 20.000 Teilnehmern zu Beginn des Jahres gezeigt.

In der Landesarbeitsgemeinschaft sind 56 Waldorfschulen als Mitglieder vertreten. Rund 23.500 Schüler besuchen derzeit eine Waldorfschule in Baden-Württemberg. Bundesweit gehen rund 80.000 Schülerinnen und Schüler an eine Waldorfschule.

<http://www.waldorf-bw.de/>

Zukunft

unserer

Kinder

für
die
Zukunft
unserer
Kinder